

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 23. Oktober 1959

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Oktober 1959

Die internationale Situation

Der Konjunkturaufschwung in der westlichen Welt hält an. Er vollzieht sich bei unverändert lebhaftem internationalen Wettbewerb. Rege zwischenstaatliche Geld- und Kapitalbewegungen ermöglichen dabei trotz nach wie vor ausgeprägter Leistungsbilanzungleichgewichte der einzelnen Wirtschaftsräume eine störungsfreie Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs. Erhöhte Rohstoffeinfuhren der Industrieländer führten zudem zu einer gewissen Entspannung in der Außenwirtschaftslage der Rohstoffländer. Dagegen beginnt das Defizit im Leistungsaustausch der Vereinigten Staaten mit dem Ausland Auswirkungen auf die amerikanische Außenwirtschaftspolitik zu haben. Die Vereinigten Staaten planen nämlich eine Kürzung ihres Militär- und Wirtschaftshilfeprogramms für das nächste Jahr in einer Größenordnung von etwa einer Milliarde Dollar. Unter diesen Aspekten verdienen die Bestrebungen, über die International Development Association eine stärkere Beteiligung der westeuropäischen Industrieländer und Japans an der Bereitstellung der Kapitalhilfe für die Entwicklungsländer zu bewirken, besondere Förderung, um sicherzustellen, daß den Entwicklungsländern die für einen befriedigenden Ausbau ihrer Wirtschaften benötigten Mittel auch künftig zur Verfügung stehen werden.

Die Hoffnung, in den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Verhandlungswege eine Verständigung zwischen den Sozialpartnern der Stahlindustrie herbeizuführen, ist fehlgeschlagen. Auf Grund staatlicher Intervention dürfte die Arbeit in der Stahlindustrie in diesen Tagen zumindest wieder für die Dauer von 80 Tagen aufgenommen werden. Damit wäre vorerst einmal die Gefahr nachhaltiger Produktionseinbrüche gebannt. Wenn auch in dieser Abkühlungsperiode keine Einigung erzielt werden sollte, so würde die amerikanische Wirtschaft im neuen Jahr ernsthaften Störungen ausgesetzt sein, denn in diesen wenigen Wochen werden die stark reduzierten Lagerbestände kaum wieder aufgefüllt werden können.

Im Verlauf des Streiks wurde immer deutlicher, daß die Auseinandersetzungen letzten Endes nicht so sehr um die Lohnansprüche der Arbeitnehmer, sondern um die grundsätzliche Frage der Zusammenarbeit der Sozialpartner, vor allem um das Mitspracherecht der Gewerkschaften bei der Einführung arbeitsparender Produktionsmethoden, geführt werden. Ein gemeinsames Vorgehen der Sozialpartner erscheint vordringlich gerade im Hinblick auf die Fülle der Probleme, die langfristig von dem Automatisierungsprozeß aufgeworfen werden; eine echte Verständigung muß daher vor allem im gesamtwirtschaftlichen Interesse erhofft werden.

Überschattet vom Stahlarbeiterstreik bietet die amerikanische Wirtschaft konjunkturell ein einheitliches Bild. So dürfte das Bruttosozialprodukt im dritten Quartal seinen im zweiten Vierteljahr erreichten hohen Stand schon nicht mehr gehalten haben. Auch die in diesen Tagen bekanntgewordenen Daten über die Auftragseingänge bei der verarbeitenden Industrie stimmen nachdenklich. Der Rückgang der Auftragseingänge von 31,4 Mrd. \$ im Juni auf 30,8 Mrd. \$ im Juli dieses Jahres war fraglos noch weitgehend durch die vorangegangene Voreindeckung mit Stahlzeugnissen bedingt; der nochmalige abrupte Rückgang der Auftragseingänge auf 29,1 Mrd. \$ im Monat August kann dagegen kaum noch mit derartigen Sondereinflüssen erklärt werden. Auf der anderen Seite dokumentierten die Investitionsplanungen der Wirtschaft, die auf Umfragen in den Sommermonaten beruhen, eine erhöhte Investitionsbereitschaft für Anlagezwecke. Von der Verwirklichung der geplanten Investitionsvorhaben hängt weitgehend die Sicherung des weiteren wirtschaftlichen Wachstums ab. Die Ausgaben der amerikanischen Bundesregierung haben ebenso wie die Aufwendungen für den Wohnungsbau sinkende Tendenz. Auch von dem privaten Verbrauch, der eine wichtige konjunkturelle Stütze bildet, werden zusätzliche Anregungen auf die Wirtschaftstätigkeit in der nahen Zukunft kaum ausgehen; der Verbrauch ist im großen und ganzen der Einkommensbildung gefolgt, jedoch muß unter Umständen damit

gerechnet werden, daß die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen in Verbindung mit der verringerten Wohnungsbautätigkeit künftig nachlassen wird. Erleichterungen für die Investitionsfinanzierung von der monetären Seite sind kurzfristig nicht zu erwarten. Eine Entspannung am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt ist nicht zuletzt auch deshalb unwahrscheinlich, weil die Geld- und Kreditpolitik der Vereinigten Staaten heute maßgeblich von Zahlungsbilanzrückichten beeinflusst wird. Dies wird sich kaum ändern, solange sich nicht eine spürbare Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz abzeichnet.

In G r o ß b r i t a n n i e n hat sich der konjunkturelle Aufschwung leicht beschleunigt. Während der Index der Industrieproduktion im zweiten Vierteljahr den des entsprechenden Vorjahrsquartals um rund 5 vH überstieg, lag er im August dieses Jahres um rund 8 vH über dem des entsprechenden Vorjahrsmonats. Die Einzelhandelsumsätze und die Auftragseingänge bei der Werkzeugmaschinenindustrie deuten jedoch nicht darauf hin, daß dieser Produktionszunahme ein verstärkter Zuwachs des privaten Verbrauchs oder der privaten Anlageinvestition entsprochen hätte. In ihr drückt sich vielmehr eine vermehrte Lageranreicherung aus, die in Erwartung einer lebhafteren Nachfrageentfaltung vorgenommen wurde. Von der zukünftigen Entwicklung der privaten Anlageinvestitionstätigkeit und der Löhne wird es abhängen, inwieweit diese Erwartungen gerechtfertigt werden.

Befragungen der Unternehmer über ihre Investitionsabsichten lassen nun aber erkennen, daß sie für das nächste Jahr keine Erhöhung ihrer Anlageinvestitionen beabsichtigen. Wenn auch bei einer zunächst anhaltend guten Verbrauchskonjunktur eine Revision der Investitionsplanungen für das nächste Jahr nicht ausbleiben dürfte, so werden kurzfristig doch kaum Impulse von den privaten Anlageinvestitionen auf die Wirtschaftstätigkeit ausgehen.

Die weitere Lohnentwicklung wird vor allem durch die Bewegung der Lohnsätze bestimmt, da dem Beschäftigtenzuwachs bei kaum noch zunehmenden Erwerbspersonen und geringen Arbeitskraftreserven enge Grenzen gesetzt sind und die Arbeitszeitverlängerung auf Grund von Überstunden nicht so sehr ins Gewicht fällt. Wenn auch keine sicheren Angaben über die Lohnsituation gemacht werden können, so ist doch anzunehmen, daß die Lohnsätze in der letzten Hälfte dieses Jahres kaum schwächer, sondern eher wieder stärker angehoben werden als im ersten Halbjahr, in dem sie nur um rund 3 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau lagen. Bei weiterhin leicht steigender Beschäftigung scheint daher eine Zunahme der Masseneinkommen im bisherigen Umfang und damit auch eine weiter gute Verbrauchskonjunktur gesichert. Ob jedoch dadurch schon die starke Produktionsausweitung ihre Rechtfertigung findet, bleibt abzuwarten. Da sie vor allem auf verstärkten Fortschritten der Arbeitsproduktivität beruht, bietet sie eine gewisse Garantie dafür, daß auch eine etwas verstärkte Anhebung der Lohnsätze in der zweiten Jahreshälfte die Preisstabilität nicht gefährdet.

Großbritannien hat im zweiten Quartal einen sogar das Vorjahrsergebnis übersteigenden Leistungsbilanzüberschuß erzielt und auch im dritten Quartal, in dem normalerweise das Pfund aus saisonalen Gründen unter Druck steht, läßt eine Zunahme der Gold- und Devisenreserve eine ähnlich gute Zahlungsbilanzentwicklung vermuten. Weder die binnenwirtschaftliche noch die außenwirtschaftliche Entwicklung geben somit Anlaß zur Straffung der bisher gelockerten wirtschaftspolitischen Zügel. Sie würde auch nur die Nachfrageentfaltung hemmen, die die Produktionssteigerung jetzt verlangt. Die britische Regierung hat sich deshalb bisher dem Beispiel der USA nicht angeschlossen und den Kurs ihrer Geld- und Kreditpolitik nicht geändert.

Westdeutschland

Im letzten Quartal eines Jahres pflegt die Erzeugung saisonmäßig ihren jährlichen Höhepunkt zu erreichen, und ebenso pflegt der Verbrauch in dieser letzten Phase des Jahres seine stärksten — durch das Weihnachtsgeschäft bedingten — Anregungen auf den Endabsatz auszustrahlen. Gerade unter dem Aspekt des Endabsatzes können diese Saisonspitzen, die von der Wirtschaft in ihren Vorausdispositionen in Rechnung gestellt werden, auch konjunkturell, d. h. für die sich an derartige Saisonspitzen anschließende weitere wirtschaftliche Entwicklung, von erheblicher Bedeutung sein. Denn ein den Erwartungen der Wirtschaft nicht adäquater Abruf der für die Saisonspitze in Gestalt hoher Läger bereitgestellten Güter, also ein als ungenügend empfundenener Lagerabbau, wird notwendigerweise wichtige Daten des weiteren konjunkturellen Geschehens, wie etwa die Ausstattung der betreffenden Wirtschaftszweige mit liquiden Mitteln, die Investitionsneigung usw., negativ beeinflussen, ebenso wie umgekehrt ein durch eine gute Saison forcierter Lagerabbau die konjunkturelle Entwicklung nicht nur der betreffenden Bereiche, sondern der gesamten Wirtschaft positiv, d. h. verstärkt expansiv, beeinflussen kann.

Auch eine so glänzende Konjunktur, wie der mit kaum vermindertem Tempo anhaltende Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft, wird mit dem jetzt erfolgten Eintritt in die Saisonspitze des Herbstes und dem Herannahen des Weihnachtsgeschäftes für den Konjunkturbeobachter keineswegs durchsichtiger. Die Beurteilung der den Aufschwung tragenden Gesamtnachfrage wird vielmehr vor allem deshalb schwieriger, weil einerseits in dem konjunkturellen Kräftespiel bisher gewichtige Faktoren möglicherweise an Intensität verlieren, andererseits aber neue Kräfte noch nicht erkennbar geworden sind. Insbesondere die Stärke der Saison, die in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle spielen wird, ist vorerst nicht bekannt.

Die Gründe für die Bedeutung der Saison in diesem letzten Jahresabschnitt sind darin zu sehen, daß in diesem Jahr — im Gegensatz zum vergangenen Jahr — die zwischen Erzeugung und Verbrauch stehende Lagerbewegung aus der Phase des Lagerabbaus und der diesem Lagerabbau vorangegangenen unfreiwilligen Lageraufstockung eindeutig in die Phase eines sich ver-

stärkenden freiwilligen Lageraufbaus getreten ist. Die Anregungen, die die Verbrauchsgütererzeugung bisher erhielt, sind nicht von einem kräftig steigenden Endabsatz, sondern eben von dieser Lagerbewegung im Bereich des Handels, aber auch der Erzeugung selbst ausgegangen. Ein Vergleich der Entwicklung von Verbrauch und Erzeugung auf Grund von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für dieses und das vergangene Jahr zeigt deutlich, daß der private Verbrauch (real) im Vorjahr ein stärkeres und in diesem Jahr ein schwächeres Wachstum als die Erzeugung gehabt hat. Während nämlich die realen Zuwachsraten des privaten Verbrauchs im ersten und zweiten Halbjahr 1958 3,5 bzw. 3,3 vH, die realen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts dagegen 2,5 bzw. 3,2 vH betragen, wird in diesem Jahr die Zunahme des privaten Verbrauchs mit 4,5 im ersten bzw. 2,9 vH im (geschätzten) zweiten Halbjahr in stärkerem Maße gegenüber dem Erzeugungszuwachs (4,6 bzw. 4,8 vH) zurückbleiben.

Da konjunkturelle Faktoren, wie insbesondere eine verstärkte Zunahme der Masseneinkommen oder ein stärkeres Nachlassen der tendenziell hohen Sparneigung in diesem Jahr nicht mehr zu erwarten sind, wird somit letztlich die Stärke der Saison, d. h. der Absatzerfolg des Weihnachtsgeschäftes, darüber entscheiden, ob von der Absatzseite her die weitere konjunkturelle Entwicklung unter positiven oder negativen Vorzeichen stehen wird.

Durch die Preissteigerungen für wichtige Ernährungsgüter, die zwar nicht konjunkturell, sondern durch Sonderfaktoren bedingt sind und die im Lebenshaltungskostenindex verhältnismäßig stark ins Gewicht fallen, ist der Nachfragespielraum der Konsumenten für industriell erzeugte Verbrauchs-

güter inzwischen relativ eingengt worden, denn weder verstärkte Lohnerhöhungen noch Preisenkungen im industriellen Verbrauchsgüterbereich haben hier ausgleichend gewirkt. Vor allem die Masseneinkommensbezieher haben durch diese Entwicklung eine relative Verschlechterung ihres verfügbaren Realeinkommens in Kauf nehmen müssen, weil die nominale Einkommenszunahme trotz konjunktureller Expansion zu gering war.

Es handelt sich hierbei keineswegs um Nachfrageumschichtungen der Verbrauchszunahme, die zu bagatellisieren sind. Nimmt man einmal eine Zunahme des nominalen Masseneinkommens in der zweiten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem zweiten Halbjahr 1958 von 5 vH oder rund 3 Mrd. DM als wahrscheinlich an, so würde von diesem Betrag allein durch die erhöhten Preise für Ernährungsgüter mehr als ein Viertel absorbiert, wobei ein Anteil der Ernährungskosten an den Verbrauchsausgaben dieser Einkommensbezieher von 45 vH unterstellt wird.

Derartige Preissteigerungen können — obwohl sie keine konjunkturell begründeten Ursachen haben, sondern allein aus der durch Sonderfaktoren bedingten Erhöhung der Ernährungskosten resultieren — zu konjunkturell höchst unerwünschten Folgen führen. Denn ohne die Korrektur dieser Preisentwicklung eines Einzelbereiches, für die vor allem eine andere Einfuhrpolitik auf dem Agrarsektor die entscheidende Rolle zu spielen hätte — wenn nicht der Ausgleich durch zusätzliche Lohnsteigerungen gesucht und gefunden wird —, reicht die Nachfrage im Rahmen der gegebenen Einkommens- und Sparentwicklung nicht aus, um zu den gegebenen Preisen das Angebot an industriell erzeugten Verbrauchsgütern aufzunehmen.

Der mitteldeutsche Siebenjahrplan (1959—1965)

Der vor wenigen Tagen von der Volkskammer in Ost-Berlin praktisch diskussionslos angenommene Siebenjahrplan¹⁾ — auch nach östlicher Auffassung weniger ein Plan im eigentlichen Sinne als eine Direktive für die Aufstellung späterer konkreter Jahrespläne — ist gegenüber dem nunmehr endgültig aufgegebenen zweiten Fünfjahrplan ein von beträchtlichem Optimismus über die künftige Entwicklung der mitteldeutschen Wirtschaft getragenes Dokument. Dieser Optimismus kann sich nur zum Teil auf die vorangegangene langfristige Entwicklung stützen und ist nahezu ausschließlich die Projektion einer im Augenblick günstig erscheinenden wirtschaftlichen Situation auf die weitere Zukunft.

Der zweite Fünfjahrplan, der für die Jahre 1956 bis 1960 hatte gelten sollen, hatte im Verlauf seiner Geltungsdauer mehrfach geändert werden müssen. Er wurde nach einer für den gesamten Ostblock ziemlich kritischen Periode erst im Dezember 1957 endgültig beschlossen, wobei die Planziele gegenüber einer ersten

Fassung beträchtlich vermindert worden waren. Schon kurz darauf aber wurden im Februar 1958 sehr tiefgreifende Änderungen für alle Bereiche der Wirtschaftsplanung, Plandurchführung und Plankontrolle eingeführt²⁾. Die nach der Veröffentlichung des Statistischen Zentralamtes überraschend günstige Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1958 ließ die Planansätze vollends wirklichkeitsfremd erscheinen. Bei den Erörterungen über einen dritten Fünfjahrplan konnte daher von einer wesentlich günstigeren Situation ausgegangen werden, als im Jahre 1957 angenommen worden war, und der Wunsch, die Wirtschaftspläne im gesamten Ostblock auch zeitlich auf den von der Sowjetunion beschlossenen Siebenjahrplan abzustimmen, wurde wohl nur zu gern benutzt, um den durch die Entwicklung überholten zweiten Fünfjahrplan vorzeitig außer Kraft zu setzen und die für die Jahre 1959 und 1960 noch zu beschließenden Einzeljahrespläne mit dem neuen Fünfjahrplan zu einem Siebenjahrplan zu verbinden.

Trotz der hinter der wechselvollen Entstehungsgeschichte des Siebenjahrplans stehenden Unsicherheit,

¹⁾ Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959-1965 vom 1. Oktober 1959. Vorläufige Veröffentlichung im Neuen Deutschland vom 3. Oktober 1959.

²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 13/14, 1958.

welche Entwicklung anzusteuern sei, läßt das Studium des Planes erkennen, daß die Planer von einer verhältnismäßig fundierten Ausgangsbasis aus eine in sich zusammenhängende (und ernst zu nehmende) Direktive geschaffen haben, in der — ähnlich wie im Siebenjahrplan der Sowjetunion³⁾ — die Gegebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten weitgehend real eingeschätzt worden sind⁴⁾.

Anders als in früheren Jahren enthält der Plan neben vielfachen Daten zur Entwicklung der Bruttoproduktion einzelner Wirtschafts- und Betriebszweige auch Angaben zur Entwicklung des „Nationaleinkommens“, also der Nettoproduktion der gesamten Volkswirtschaft⁵⁾, wodurch das Zahlenwerk überschaubarer wird. Das „Nationaleinkommen“ soll im Verlaufe der nächsten sieben Jahre — zu jeweiligen Preisen gerechnet — von 63 Mrd. DM auf 100 Mrd. DM, d. h. um 60 vH, anwachsen. Soweit die Fortschrittsraten zur Bruttoproduktion genannt werden⁶⁾, soll der Beitrag der Industrie — in „vergleichbaren Preisen“ gerechnet — um 88 vH⁷⁾, der des Handwerks um 27 vH, der der Bauwirtschaft um 108 vH und der des Verkehrs um etwa 36 vH steigen, die genannten Beiträge zusammen um mehr als 80 vH. Da für die Wertschöpfung des Handels eine ähnliche Steigerung vorgesehen sein muß, und ferner auch eine gewisse, wenn auch geringere, Steigerung für den Bereich der Landwirtschaft, setzen die obengenannten Angaben für die reale Steigerung der Wertschöpfung eine Senkung des durchschnittlichen Preisniveaus für das „Nationaleinkommen“ um 7 bis 10 vH voraus. Eine solche Senkung des Durchschnittspreisniveaus, die sich auch darin andeutet, daß sich die Produktionskosten der Industrie um 20 vH vermindern sollen, ist um so bemerkenswerter, als sich im Zeitraum von 1955 bis 1958 das Gesamtpreisniveau noch um 2,3 vH erhöht hatte⁸⁾.

Die Produktionssteigerung in Industrie und Bauwirtschaft soll nahezu völlig durch Steigerung der Arbeitsproduktivität (Produktion je Produktionsarbeiter) ermöglicht werden. Da mit im ganzen sinkenden Arbeitskräftezahlen gerechnet werden muß, ist daher ein größerer Teil der Arbeitskräfte als bisher als Produktionsarbeiter einzusetzen und die Zahl der Hilfskräfte zu vermindern. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (sie hat nach amtlichen Angaben im Jahre 1958 um etwa 15 vH unter der westdeutschen

gelegen) soll durch stärkere Typisierung und Standardisierung der Produkte, aber auch durch stark erhöhte Investitionsaufwendungen erreicht werden. Der mitteldeutsche Sprachgebrauch hat für die Gesamtheit der geplanten Vorgänge den Terminus der „Sozialistischen Rekonstruktion“ gefunden, worunter nicht nur die arbeitskräftesparende und produktionserhöhende Rationalisierung einzelner Betriebe verstanden wird, sondern auch die Rationalisierung ganzer Industriezweige durch verbesserte Arbeitsteilung, aber auch durch verstärkte Betriebskonzentration.

Die im Plan genannte Verdoppelung des gesamten Investitionsaufwandes bedeutet, gemessen an dem im Inland verfügbaren „Nationaleinkommen“, eine Steigerung der Investitionsquote von 20 vH auf 25 vH⁹⁾. Der gesamte öffentliche und private Verbrauch wird sich daher nur um etwa 55 vH erhöhen können, wobei sich nach den Angaben im Plan bei etwa gleichbleibenden Dienstleistungen die Bereitstellung von Konsumgütern um 67 vH erhöhen soll. Die Angabe, daß sich die Reallöhne durch Lohnerhöhungen und Preissenkungen im Jahre 1965 auf etwa 160 bis 165 vH des Standes von 1958 und die Durchschnittsrenten auf etwa 150 bis 155 vH erhöht haben sollen, kann deshalb vielleicht zu optimistisch sein, liegt aber doch nicht außerhalb des durch Produktionserhöhung und Investitionsaufwand gegebenen Rahmens.

Die Außenwirtschaft scheint sich etwa im Ausmaße der Industrieproduktion erweitern zu sollen. Die Gesamtumsätze im Außenhandel sollen sich um 75 vH, der Export um 86 vH und der Import um 65 vH erhöhen. Nicht uninteressant ist, daß bei dem im Plan genannten Wertangaben Rubel und DM mit 1 : 1 gleichgesetzt werden, wie es auch etwa dem Verhältnis der Inlandspreise zu den Auslandspreisen entsprechen dürfte. Die bisherige offizielle Kursrelation von 100 DM = 180 Rubel scheint demnach im Verlauf des Siebenjahrplans zugunsten einer realeren Kursrelation aufgegeben zu werden. Dies deutet bereits das letzte Statistische Jahrbuch an, in dem die Außenhandelsumsätze nur noch mit ihren Rubelwerten genannt sind und nicht mehr wie früher auch in DM-Werten nach der offiziellen Kursrelation. Das Verhältnis von Ostblockhandel zum Handel mit westlichen Ländern (einschließlich Interzonenhandel) soll mit etwa 75 : 25 erhalten bleiben; innerhalb des Außenhandels mit der westlichen Welt aber wird eine weitere Verstärkung der Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern angestrebt.

Wie weit das Wunschbild, Produktion und Lebensstandard westlicher Länder zu erreichen oder zu überholen, im Laufe der sieben Jahre, für die der Plan gilt, verwirklicht werden kann, hängt vor allem von der gleichzeitigen Entwicklung der westlichen Länder selbst ab.

⁹⁾ Auf Grund der dortigen Sozialproduktsabgrenzung und Preisstruktur. Sie liegt, wenn man die westdeutschen Verhältnisse unterstellen würde, um einige Punkte höher.

³⁾ Rolf Krenzel und Ernst Eisendrath: „Der sowjetische Siebenjahrplan. Die Möglichkeiten seiner Realisierung“. In: Konjunkturpolitik, Heft 3, 1959, S. 156 ff.

⁴⁾ Es sollen an dieser Stelle nur einige allgemeine Relationen aufgezeigt werden. Eine ausführliche Würdigung des Planes ist in Vorbereitung und wird in Kürze veröffentlicht werden.

⁵⁾ Das „Nationaleinkommen“ entspricht zwar etwa dem Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen, enthält jedoch bestimmte Dienstleistungen nicht, so daß alle zu errechnenden Relationen nicht ohne weiteres mit den Relationen vergleichbar sind, die sich für westliche Länder errechnen lassen.

⁶⁾ Die Nettoquoten haben sich im Verlauf der letzten Jahre kaum verändert, so daß es erlaubt scheint, Brutto für Netto zu nehmen.

⁷⁾ Mit unterschiedlichen Fortschrittsraten für die einzelnen Industriezweige, die aber im großen und ganzen einer etwa „normalen“ Entwicklung entsprechen.

⁸⁾ Nach Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR, Heft 3/4, 1958.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten, Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

